

Andrea Berg

Zentralasien, quo vadis?¹

Zur fragilen Sicherheitslage in Kirgisistan und Usbekistan

Nachdem am 24. März 2005 Tausende Menschen den Regierungssitz in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek gestürmt hatten, flüchtete der damalige Präsident Askar Akajew außer Landes und unterzeichnete am 4. April im Moskauer Exil seinen offiziellen Rücktritt. Daraufhin wurden vom Parlament vorgezogene Präsidentschaftswahlen für den 10. Juli angekündigt, aus denen Kurmanbek Bakijew mit knapp 90 Prozent der abgegebenen Stimmen als Sieger hervorging. Kirgisistan ist damit das erste Land in Zentralasien, das einen postsowjetischen Machtwechsel vollzogen hat. Verglichen mit den turbulenten Entwicklungen, die das erste Halbjahr 2005 geprägt und zum Sturz Präsident Akajews geführt hatten, verliefen die Wahlen unerwartet ruhig und unspektakulär. Keiner der fünf anderen Präsidentschaftskandidaten und -kandidatinnen kam auf einen nennenswerten Stimmenanteil, so dass Proteste von enttäuschten Anhängern diesmal ausblieben und gehofft werden darf, dass in Kirgisistan vorerst politische Ruhe einkehren wird.

Am 13. Mai 2005 ließ die usbekische Regierung in der Stadt Andischan im Ferghana-Tal Hunderte Zivilisten, die an einer Demonstration teilnahmen, durch Regierungstruppen ermorden. Trotz des internationalen Drucks weigert sich Präsident Islam A. Karimow bis heute, eine unabhängige internationale Untersuchungskommission ins Land zu lassen. Die Lage in Usbekistan scheint nach den Ereignissen ruhig, aber diese Ruhe ist trügerisch. Beobachter sind sich einig, dass die Ereignisse in Andischan nicht die letzten blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung auf der einen und der Bevölkerung und oppositionellen Gruppen auf der anderen Seite gewesen sind.

Die derzeit wohl am häufigsten gestellte Frage ist, ob und wie lange sich Karimow noch an der Macht halten kann. Darüber hinaus ist sowohl in Usbekistan als auch in Kirgisistan im Moment relativ ungewiss, welche politischen und wirtschaftlichen Gruppen und Individuen mit welchen Motiven agieren, welche Entwicklung die beiden Länder in den kommenden Monaten nehmen und welchen Einfluss die Geschehnisse auf die Sicherheit in Zentralasien und Europa haben werden.

Der vorliegende Artikel will durch Hintergrundinformationen über die Ursachen zum besseren Verständnis der Ereignisse in den beiden Ländern beitragen, die mögliche(n) Richtung(en) künftiger Entwicklungen skizzieren und die Aufgaben und Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft aufzeigen.

1 Der Beitrag gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autorin wieder. Sachstand: Dezember 2005.

Kirgisistan

Ablauf der Ereignisse²

Am 27. Februar und 13. März 2005 fanden in Kirgisistan Parlamentswahlen statt. Im Zuge dieser Wahlen wurde die Anzahl der Sitze im Parlament von 105 auf 75 reduziert. Die politische Stimmung im Lande war bereits im Vorfeld angespannt, da einige Bewerber von der Zentralen Wahlkommission nicht als Kandidaten zugelassen worden waren. Prominentestes Beispiel war die frühere Außenministerin Rosa Otunbajewa. Ihre Kandidatur wurde im Januar mit der Begründung zurückgewiesen, sie habe in den letzten Jahren nicht in Kirgisistan gelebt. Delikaterweise wollte sie im selben Wahlbezirk wie die Tochter des Präsidenten, Bermet Akajewa, kandidieren. Verschiedenen nichtstaatliche Organisationen und die Opposition forderten auf Versammlungen, die sich über den gesamten Januar und Februar hinzogen, freie und faire Wahlen.

Im ersten Wahlgang am 27. Februar wurden nur 31 der 75 Parlamentssitze vergeben, kaum einer der Oppositionskandidaten war erfolgreich. Als deutlich wurde, dass bestimmte Kandidaten nicht ins Parlament einziehen würden, ging die Bevölkerung in Südkirgisistan auf die Straße. Nach dem zweiten Wahlgang am 13. März waren 71 der 75 Parlamentssitze vergeben, davon fünf an Oppositionspolitiker. Die Bevölkerung im Süden zweifelte die Wahlergebnisse an und setzte die Demonstrationen fort. Am 15. März wurde ein *Kurultai* (Volksversammlung) in Dschalal-Abad einberufen. Dieser wählte einen Nationalen Koordinationsrat, forderte eine Wiederholung der Wahlen und sprach sich für den Rücktritt Akajews aus. Der Oppositionspolitiker und frühere Premierminister Kurmanbek Bakijew war einer der wichtigsten informellen Führer dieser Versammlung.

Nach zehntägigen Protesten stürmte am 18. März eine aufgebrauchte Menge das Gebäude der Provinzverwaltung in Osch und hielt dort am 21. März ebenfalls einen *Kurultai* ab. In den drei dazwischen liegenden Tagen versuchten Regierungstruppen und Demonstranten abwechselnd, das Gebäude unter ihre Kontrolle zu bringen. Am 20. März war auch die Provinzverwaltung in Dschalal-Abad von Demonstranten eingenommen worden und später am selben Tag der Flughafen der Stadt. In Osch fielen einen Tag später das Gebäude der Provinzverwaltung, mehrere Polizeistationen und das Gebäude des Geheimdienstes endgültig in die Hände der Demonstranten. Auch in den nördlichen Provinzen Naryn und Talas gingen immer mehr Menschen auf die Straße. Bis heute ist zum großen Teil ungeklärt, ob und von wem die Proteste jeweils organisiert wurden. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, dass einflussrei-

2 Eine kurze chronologische Darstellung der Ereignisse von Januar bis März findet sich in: Institute for War and Peace Reporting (IWPR), Kyrgyzstan's „Tulip Revolution“ Timeline, unter: www.iwpr.net/index.pl?centasia_kyrgyzrev_00.html, sowie in: International Crisis Group (ICG), Kyrgyzstan. After the Revolution, Brüssel, 4. Mai 2005, unter: www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3411&l=1.

che lokale Persönlichkeiten daran organisatorisch und finanziell beteiligt waren.

Am 22. März griffen die Proteste auf die Hauptstadt Bischkek über. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Anreise von immer mehr Demonstranten aus den südlichen Provinzen und aus Naryn. Während an diesem Tag zunächst noch eine Pro-Regierungsdemonstration mit mehr als 10.000 Teilnehmern organisiert werden konnte und das neue Parlament vereidigt wurde, kam es einen Tag später zu zwei großen Anti-Regierungsdemonstrationen in der Hauptstadt, bei der zahlreiche Teilnehmer verhaftet wurden.

Mehrere Oppositionspolitiker, unter ihnen Bakijew und Otunbajewa, riefen ihre Anhänger für den Morgen des 24. März zu einer großen gemeinsamen Demonstration in Bischkek auf. Von zwei Seiten näherten sich die Demonstrationzüge dem Weißen Haus, dem Sitz der kirgisischen Regierung, und vereinigten sich auf dem nahe gelegenen zentralen Ala-Too-Platz. Die Kundgebung verlief zunächst friedlich, es wurden Parolen skandiert und Reden gehalten. Später am Vormittag stieß eine weitere Gruppe von Demonstranten aus Osch hinzu und begann sofort, das Weiße Haus zu attackieren. Sie wurden von jungen Leuten auf dem Platz unterstützt und gemeinsam gelang es ihnen, den Regierungssitz innerhalb kürzester Zeit zu stürmen. Akajew und viele Mitglieder seiner Regierung hatten das Gebäude zu diesem Zeitpunkt bereits verlassen.

Die Erstürmung des Weißen Hauses überraschte selbst die Oppositionsvertreter. Nach eigenen Aussagen hatten sie sich auf eine längere Zeit des Protestierens und Verhandeln eingerichtet. Obwohl Bakijew und auch der am selben Tag aus dem Gefängnis befreite Felix Kulow die Bevölkerung immer wieder zu Ruhe und Besonnenheit aufriefen, kam es in den nächsten Tagen und insbesondere in den Nächten zu Plünderungen in der ganzen Stadt. Vor allem Geschäfte, die angeblich zum Besitz der Familie Akajew und ihrer politischen Freunde gehörten, wurden gezielt attackiert. Erst nach einiger Zeit gelang es der Übergangsregierung, in Bishkek zumindest tagsüber wieder eine gewisse Sicherheit herzustellen.

Hintergrund der Ereignisse

Kirgisistan wurde im August 1991 unabhängig. Askar Akajew, bereits 1990 zum Präsidenten der Kirgisischen SSR ernannt, galt als Hoffnungsträger der internationalen Gemeinschaft mit Blick auf die wirtschaftliche Liberalisierung und Demokratisierung des Landes. Seine Reformpolitik brachte Kirgisistan als einzigem Staat Zentralasiens die Mitgliedschaft in der Welthandelsorganisation ein. Die Menschen erlebten diese Reformen jedoch als Schocktherapie: Der Staat, der vorher viele Lebensbereiche durchdrungen hatte, verabschiedete sich aus dem Leben seiner Bürger. Er entzog ihnen Fürsorge und Vorsorge und erhielt die sozialen Sicherheitsnetze nicht länger aufrecht. Die

sozialen Kosten der Transformation waren hoch; die Armut nahm – besonders im Süden des Landes – dramatisch zu.

Ein wichtiger Grund dafür lag in der Struktur des sowjetischen Wirtschaftssystems: Ziel war nicht die Selbstversorgung der jeweiligen Unionsrepublik, sondern deren Spezialisierung auf bestimmte Wirtschaftszweige. In Kirgisistan hieß das vor allem die Erzeugung von Elektroenergie und Viehzucht, beides in den Bergen des Südens. Die dortigen Kolchosen erzeugten Fleisch für den sowjetischen Markt und wurden dafür – zum Teil direkt aus Moskau – mit allem Lebensnotwendigen versorgt. Die einseitige Ausrichtung der Produktion entfremdete die Menschen von ihrer natürlichen Umwelt. Sie verlernten die Selbstversorgung unter den schwierigen Bedingungen in den Bergen, mit denen sie nun, nach Erlangung der Unabhängigkeit und im Zuge der Wirtschaftsreform, plötzlich wieder konfrontiert waren, da ihnen weder Technik noch Organisation, die sie überdeckt hätten, zur Verfügung gestellt wurden. Die Menschen mussten wieder lernen, sich selbst zu versorgen. Für die meisten Haushalte erfolgte dieser Lernprozess unter ungünstigen Umständen und ohne ausreichende Vorbereitung. Die Armut nahm drastisch zu, die Stimmung in der Bevölkerung verschlechterte sich zusehends.

Hinzu kam, dass in den letzten Jahren Clans aus dem Norden und dem Westen des Landes (*Ong*-Flügel) die südlichen Clans (*Sol*- und *Ichkilik*-Flügel) wirtschaftlich und politisch dominiert hatten, wodurch die sozialen Unterschiede zwischen den beiden Regionen immer größer geworden waren. Akajew und seine Frau, die beide aus dem Norden stammen, hatten dafür gesorgt, dass ihre eigene Klientel mit Posten versorgt wurde, während Politiker aus dem Süden in der Hauptstadt nur wenig Einfluss hatten.

Als im Januar 2002 der aus dem Süden stammende, populäre Oppositionspolitiker Asimbek Beknazarow festgenommen wurde, kam es in dieser Region und vor allem in seinem Heimatbezirk Aksy zu heftigen Protesten. Offiziell wurde ihm Amtsmissbrauch in seiner früheren Position als Untersuchungsleiter der Staatsanwaltschaft angelastet. Tatsächlich hatte Beknazarow jedoch immer wieder den Regierungsstil Akajews kritisiert und sich insbesondere gegen ein Grenzbereinigungsabkommen mit China ausgesprochen, bei dem 95.000 Hektar kirgisischen Territoriums an den östlichen Nachbarn abgetreten werden sollten. Als Polizeitruppen am 17. März gegen die Demonstranten in Aksy vorgingen, wurden mindestens fünf Menschen erschossen. Der damalige Ministerpräsident Kurmanbek Bakijew übernahm die Verantwortung und trat Ende Mai 2002 zurück. Kurz darauf wurde die Regierung aufgelöst.

Die dennoch anhaltenden, von der Forderung nach größerer politischer Beteiligung getragenen Unruhen im Süden des Landes führten dazu, dass Präsident Akajew am 2. Februar 2003 ein zweifelhaftes Referendum abhielt, das seinen Machtanspruch bis zum Ende der regulären Amtszeit im Herbst 2005 bestätigen sollte. 78 Prozent der Wähler sprachen sich laut offiziellen Angaben für seinen Verbleib im Amt aus. Die OSZE lehnte eine Beobachtung des

Referendums ab.³ Ohne eine politische Lösung erzielt zu haben, konnte sich Akajew neue Legitimität verschaffen und die Lage zunächst beruhigen. Der Schein von Stabilität war jedoch trügerisch und der Unmut im Volk gärte weiter. Während im Sommer 2003 in der Hauptstadt anlässlich des 125-jährigen Stadtjubiläums riesige Feuerwerke und Konzerte mit Starbesetzung stattfanden, erhielten die staatlichen Angestellten im Süden keinen Lohn. Der angestaute Unmut führte knapp zwei Jahre später schließlich zum Sturm auf das Weiße Haus und zu Akajews Sturz.

Anders als bei den Machtwechseln in Georgien und in der Ukraine, die jeweils von klaren Symbolen und einem charismatischen Oppositionsführer geprägt waren, war in Kirgisistan die Verwirrung über Zeichen und Farbe des Umsturzes symptomatisch – sowohl für das Misstrauen zwischen Bevölkerung und Opposition als auch für die Uneinigkeit innerhalb der Opposition, die in mehr als 40 stark personalisierte Parteien zerfiel. Über die politischen Visionen der Opposition war kaum etwas bekannt und ihre demokratische Gesinnung mehr als fraglich. Es ging weniger um einen politischen Richtungswechsel, als um einen Machtwechsel innerhalb der Eliten.

Prominente Oppositionspolitiker wie Kurmanbek Bakijew und Rosa Otunbajewa machten sich den Unmut der Bevölkerung zunutze und setzten sich an die Spitze der Proteste im Süden. Obwohl beide und später auch Felix Kulow in den internationalen Medien als neue Oppositionsführer präsentiert wurden, sind sie im Lande selbst keine Unbekannten, gehören seit langem zur Führungsriege und waren zeitweise enge Vertraute des geflohenen Präsidenten Akajew. Bakijew, geboren 1949 in der südlichen Provinz Dschalal-Abad, war von 1997 bis 2000 Gouverneur der Nordprovinz Tschui und von Dezember 2000 bis Mai 2002, als er infolge der Ereignisse in Aksy von seinem Amt zurücktreten musste, kirgisischer Ministerpräsident. Bakijew ist Vorsitzender der „Volksbewegung Kirgisistans“, einem Wahlbündnis aus neun Parteien. Kulow, geboren 1948 im nördlich gelegenen Frunse (heute Bischkek), war unter anderem Innenminister, Vizepräsident und Bürgermeister von Bischkek. Im März 2000 wurde er verhaftet und im Januar 2001 zu sieben Jahren Gefängnis wegen Amtsmissbrauchs verurteilt, um seine Kandidatur bei den damaligen Präsidentschaftswahlen zu verhindern. Kulow ist seit 1998 Vorsitzender der Partei *Ar-Namys*. Am 24. März 2005 wurde er von seinen Anhängern aus dem Gefängnis befreit und inzwischen vor Gericht rehabilitiert. Otunbajewa, geboren 1950 in Osch im Süden des Landes, war schon unter Akajew Außenministerin und vertrat Kirgisistan als Botschafterin in den USA, Kanada und Großbritannien.

Nachdem zunächst einige Zeit darüber spekuliert worden war, ob Bakijew oder Kulow bei den Präsidentschaftswahlen die größeren Chancen hätten und

3 Ausführlichere Informationen zum Referendum in: OSCE, Office for Democratic Institutions and Human Rights, Kyrgyz Republic Constitutional Referendum, 2 February 2003. Political Assessment Report, Warschau, 20. März 2003, unter: http://www.osce.org/documents/odihr/2003/03/1381_en.pdf.

wer von beiden es schaffen würde, sowohl den Norden als auch den Süden hinter sich zu vereinen, gaben beide in einer gemeinsamen Erklärung am 13. Mai bekannt, dass Kulow nicht für die Präsidentschaft kandidieren und stattdessen dem Wahlkampfteam Bakijews beitreten würde. Von diesem Zeitpunkt an galt der Wahlsieg Bakijews mehr oder weniger als ausgemacht – sowohl in der Bevölkerung als auch bei internationalen Beobachtern.

Wahlkampf und Sicherheitslage

Der Präsidentschaftswahlkampf, der offiziell am 14. Juni 2005 begann, wurde klar von Bakijew dominiert. Bereits einen Tag nachdem die Zentrale Wahlkommission die Zulassung von sieben Kandidaten – unter ihnen eine Frau – bekannt gegeben hatte, war ganz Bischkek mit Plakaten und Handzetteln übersät, die sein Porträt zeigten und auf denen er verkündete: „Die Zukunft unseres Landes liegt in der Arbeit und in der Einheit.“

Insbesondere das Thema Einheit war und ist für die Bevölkerung von großer Bedeutung. Im Zuge der Unruhen im Frühjahr waren die Unterschiede zwischen dem Norden und dem Süden einmal mehr deutlich zutage getreten. Die instabile Sicherheitslage, die seitdem charakteristisch für weite Landesteile ist, verunsichert nicht nur die Bevölkerung, sondern bestärkt auch internationale Beobachter in ihrer Einschätzung, dass sich das staatliche Gewaltmonopol in Kirgisistan immer weiter auflöst und zunehmend Macht auf die regionale und lokale Ebene verlagert wird. Dort dominieren Politiker mit undurchsichtigen Geschäftsverbindungen den Alltag und kämpfen um die Aufteilung des politischen und wirtschaftlichen Vakuums, das Akajew und seine Familie mit ihrer Flucht hinterlassen haben. In den Wochen nach dem Sturz der Regierung kam es immer wieder zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und Schießereien, die zahlreiche Verletzte und mehrere Tote forderten. So wurde u.a. der Abgeordnete Dschiralbek Surabaldijew Anfang Juni in Bischkek am helllichten Tag auf offener Straße erschossen. Neben seiner politischen Tätigkeit war er Besitzer eines riesigen Gebrauchtwagenmarktes vor den Toren der Hauptstadt, den er im Vorjahr einem Konkurrenten mit Gewalt abgenommen hatte. Einige Tage später lieferten sich Anhänger und Gegner eines weiteren Abgeordneten, Bajaman Erkinbajew, einen Schusswechsel in Osch, bei dem eine Person starb. Erkinbajew kontrollierte mehrere Märkte im Süden des Landes, unter anderem in Kara-Suu an der usbekischen Grenze.⁴ Im selben Zeitraum wurde ein Anschlag auf das Wahlbüro Bakijews in Bischkek verübt, bei dem zwei Wachmänner verletzt wurden.

Und die Kette der Gewalt riss nicht ab. Am 17. Juni gelang es Urmat Baryktabasow, dem Vorsitzenden der Bewegung „Neue Generation – Mekenim Kirgisistan“, mit seinen Anhängern den Regierungssitz in Bischkek erneut zu stürmen. Zuvor war seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen abge-

4 Erkinbajew wurde am 21. September 2005 in Bischkek erschossen. Er war der zweite Abgeordnete, der seit März 2005 umgebracht wurde.

lehnt worden, da er seit 2002 kasachischer Staatsbürger ist. Es scheint, als würde man die einmal gerufenen Geister nicht mehr los: Demonstrationen, Besetzungen und Erstürmungen von Gebäuden gehören seit Ende März in Kirgisistan zum Alltag.

Internationale Organisationen hatten eine solche Entwicklung befürchtet und deshalb im Vorfeld der Wahlen eine Art schriftliche Selbstverpflichtung der Kandidaten vorbereitet. Mit ihrer Unterschrift sollten sie erklären, ihren Wahlkampf nach internationalen Standards und im Rahmen der Gesetze zu führen, ihre Anhänger unter Kontrolle zu halten und jede Form von Provokation und Gewalt zu vermeiden. OSZE und UNDP luden die Kandidaten ins nobelste Hotel der Hauptstadt, doch nur drei der sieben Kandidaten setzten ihre Unterschrift unter dieses „*Gentleman's Agreement*“.

Weiteres Konfliktpotenzial im Zusammenhang mit den Wahlen, aber auch für die künftige Einheit des Landes bargen und bergen ethnische Spannungen in Südkirgisistan. In den Provinzen Osch und Dschalal-Abad machen Usbeken jeweils ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus. Sie sind äußerst besorgt darüber, wie ihre Interessen künftig gewahrt werden sollen. Unvergessen sind die blutigen Zusammenstöße zwischen Kirgisen und Usbeken in Osch und Özgen im Juni 1990, bei denen 300 Menschen ums Leben kamen. Einer der Anlässe für den Ausbruch der damaligen Unruhen war die Forderung nach der Anerkennung des Usbekischen als offizielle Sprache. Von Bakijew, der in der Provinz Dschalal-Abad geboren wurde, weiß die usbekische Minderheit zumindest, dass er das Leben im Süden und das Miteinander von Kirgisen, Usbeken und anderen ethnischen Gruppen aus eigener Erfahrung kennt. Nicht zuletzt hat ihm zudem seine russische Ehefrau einen Ruf als Internationalist eingetragen.

Die wachsende Instabilität führt in der Bevölkerung zu dem immer stärker werdenden Wunsch nach Ruhe und Stabilität. Viele haben Angst, dass ihre mühsam aufgebauten Existenzen wieder zerstört werden. An den Geschäften waren noch im Juni 2005 Schilder angebracht mit Aufschriften wie „Wir sind mit dem Volk“ oder „Dieses Objekt wird von der Bürgerpatrouille geschützt“.

Ob das Tandem aus Bakijew als Präsident und Kulow als Premierminister die Sicherheitslage auf Dauer tatsächlich stabilisieren kann, bleibt abzuwarten. Möglicherweise müssen wir uns aber auf eine Zeit der fehlenden staatlichen Kontrolle in Kirgisistan einrichten. Der Staat bliebe dann als entkernte Hülle bestehen, die tatsächliche Macht würde auf die regionale Ebene verlagert. Der Staat verlöre sein Gewaltmonopol an lokale Patrone – zum Beispiel an einflussreiche Geschäftsleute. Die Macht wäre *de facto* personalisiert und Rechtsstaatlichkeit außer Kraft gesetzt.

Usbekistan

Ablauf der Ereignisse⁵

Die Ereignisse in Andischan in der Nacht vom 12. auf den 13. Mai 2005 wurden bis heute nicht vollständig aufgeklärt. Mehrere Quellen geben an, dass in dieser Nacht der usbekische Geheimdienst mehrere Personen verhaftete, nachdem sie an Protesten im Zusammenhang mit einem Gerichtsprozess gegen 23 örtliche Geschäftsleute teilgenommen hatten. Übereinstimmend wird auch berichtet, dass eine Gruppe Bewaffneter zuerst eine lokale Polizeistation und später eine Kaserne überfiel und dort Waffen erbeutete. Ebenfalls übereinstimmend wird berichtet, dass in derselben Nacht etwa 50 bis 100 bewaffnete Männer im Gefängnis von Andischan etwa 600 Insassen befreiten. Es ist jedoch unklar, ob beide Überfälle von derselben Gruppe ausgeführt wurden. Des Weiteren ist bisher nicht bekannt, wie sich die bewaffnete(n) Gruppe(n) zusammensetzte(n) und ob Familienangehörige der angeklagten Geschäftsleute unter ihnen waren.

Es scheint relativ gesichert, dass die Bewaffneten die befreiten Gefangenen über eine Demonstration informierten, die im Laufe des Tages auf dem Babur-Platz, dem Zentralplatz der Stadt, stattfinden sollte. Daraufhin schlossen sich viele der Befreiten der bewaffneten Gruppe an und setzten sich Richtung Zentralplatz und Gebietsverwaltung (*Hokimiyat*) in Bewegung. Auf dem Weg dorthin kam es zu mehreren Schusswechseln, darunter am Gebäude des Geheimdienstes, bei dem es etwa 30 Tote gegeben haben soll. Es ist nicht klar, ob es einen Versuch gab, das Gebäude zu stürmen und dort festgehaltene Demonstranten zu befreien, oder ob der Geheimdienst das Feuer eröffnete, um die Gruppe von ihrem Marsch zum *Hokimiyat* abzuhalten.

Bei Anbruch des Tages – am Freitag, dem 13. Mai – versammelten sich immer mehr Menschen, die von den Ereignissen gehört hatten oder mobilisiert worden waren, auf dem Babur-Platz vor dem *Hokimiyat*. Nach Aussagen von Beobachtern kamen im Laufe des Tages mehrere Tausend Zivilisten auf dem Platz zusammen. Die bewaffnete Gruppe hielt sich vor allem im und um das Gebäude des *Hokimiyats* auf und nahm dort im Verlauf des Vormittags rund 30 Geiseln, darunter den leitenden Staatsanwalt und den Leiter der Steuerinspektion. Die Menschen auf dem Platz nutzten die Chance, ihrer Unzufrie-

5 Für eine detaillierte Beschreibung der Ereignisse siehe die Berichte von: Human Rights Watch, *Bullets were falling like the rain. The Andijan Massacre*, May 13, 2005, New York, Juni 2005, unter: hrw.org/reports/2005/uzbekistan0605/; International Crisis Group, *Uzbekistan: The Andijon Uprising*, Asia Briefing Nr. 38, 25. Mai 2005, unter: www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=3469&l=1; OSCE/ODIHR, *Preliminary Findings on the Events in Andijan, Uzbekistan*, 13 May 2005, Warschau, 20. Juni 2005, unter: www.osce.org/documents/odihr/2005/06/15233_en.pdf; Office of the High Commissioner for Human Rights, *Report of the Mission to Kyrgyzstan by the Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR) Concerning the Killings in Andijan, Uzbekistan of 13-14 May 2005*, Genf, 12. Juli 2005, unter: www.ohchr.org/english/press/docs/andijan12072005.pdf.

denheit mit den Verhältnissen in Andischan – hohe Arbeitslosigkeit, mangelnde soziale Absicherung, maßlose Korruption der lokalen Behörden, staatliche Repression – von einer eilends aufgebauten Tribüne aus mit Lautsprechern Gehör zu verschaffen.

Nach übereinstimmenden Aussagen telefonierte die Bewaffneten im *Hokimiyat* zweimal mit dem usbekischen Innenminister Sokir Almatow, der jedoch Verhandlungen ablehnte. Gegen 16.00 Uhr begannen auf der Regierungsseite Vorbereitungen für den Sturm des *Hokimiyats*. Obwohl bereits im Laufe des Tages immer wieder von Regierungstruppen auf die Versammlung geschossen worden war – wobei es nach unterschiedlichen Angaben zwischen fünfzig und hundert Tote gab – harrten die Menschen zu diesem Zeitpunkt noch immer auf dem Platz aus. Der wichtigste Grund dafür, der von Augenzeugen später genannt wurde, war die Hoffnung, dass Präsident Karimow persönlich erscheinen und sich die Sorgen der Leute anhören würde.

Zwischen 17.00 und 18.00 Uhr begannen Regierungstruppen mit Schützenpanzern, LKWs und Militärjeeps, auf denen Geschütze installiert waren, die auf dem Platz versammelten Menschen gezielt und von mehreren Seiten gleichzeitig anzugreifen und zu beschießen, so dass eine Massenpanik ausbrach. Zwei größere Gruppen, die jeweils Geiseln mit sich führten, brachen vom Platz aus und flohen eine der Hauptstraßen (Tscholpon Prospekt) entlang. Dort kam es dann zu dem eigentlichen Massaker, bei dem aller Wahrscheinlichkeit nach Hunderte Menschen – darunter viele Frauen, Kinder und Jugendliche – ihr Leben verloren. Sie wurden von Regierungstruppen, die sich in Hauseingängen, auf den Dächern und hinter Barrikaden positioniert hatten, gezielt und gnadenlos erschossen.

Ein Teil der Überlebenden konnte sich in einem zehnstündigen Fußmarsch noch in der Nacht nach Norden zur kirgisischen Grenze durchschlagen, die sie nach einer erneuten Schießerei und einigen Verhandlungen passieren durften. Für die 500 Flüchtlinge wurde ein Lager errichtet, das sich zunächst direkt an der Grenze befand und Anfang Juni weiter ins Landesinnere der kirgisischen Provinz Dschalal-Abad verlegt wurde.⁶

Hintergrund der Ereignisse

Der Anlass für die Ereignisse in Andischan war ein Verfahren gegen 23 Geschäftsleute, Unternehmer und Handwerker, gegen die seit dem 10. Februar 2005 vor dem Strafgericht von Andischan verhandelt wurde. Die Angeklagten wurden beschuldigt, Mitglieder einer Gruppierung namens *Akromija* zu sein und den Sturz der Regierung vorbereitet zu haben. Der Name dieser Gruppierung – über deren tatsächliche Existenz und deren Ziel viel spekuliert wird – geht auf ihren angeblichen Gründer Akrom Juldaschew zurück. Er

6 Ende Juli wurden alle bis auf 15 Flüchtlinge aus Kirgisistan über Rumänien in sichere Drittländer ausgeflogen. Weitere elf Flüchtlinge wurden Mitte September nach Großbritannien evakuiert.

hatte 1992 ein kleines Büchlein mit dem Titel „Der Weg zum Glauben“ verfasst, in dem er seine Vorstellungen von einem gottgefälligen Leben darlegt. Er befasst sich darin auch mit Fragen des Geschäftslebens und der sozialen Verantwortung von Unternehmern. 1998 wurde Juldaschew kurzzeitig verhaftet und verurteilt, dann jedoch amnestiert. 1999 – nach Explosionen in Taschkent im Februar des Jahres – wurde er erneut verhaftet und zu 17 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Anklagepunkte lauteten damals: 1. vorsätzliche Änderung der Staatsverfassung auf verfassungsfeindlichem Weg, öffentlicher Aufruf zur Machtergreifung, 2. Bildung und Führung einer kriminellen Vereinigung, 3. vorsätzliche Verbreitung von Informationen und Materialien, die religiösen Extremismus und Fundamentalismus propagieren.

Der Prozess gegen die 23 Geschäftsleute in Andischan wurde von Beginn an von Demonstrationen begleitet. Verwandte, Angestellte und Nachbarn versammelten sich Tag für Tag schweigend vor dem Gerichtsgebäude. In Interviews, die bereits im März und April gemacht wurden, erklärten sie ihren stillen Protest damit, dass sie Gerechtigkeit für die Angeklagten wollten und nicht daran glaubten, dass es eine extremistische Gruppierung namens *Akromija* gebe. Vielmehr waren sie davon überzeugt, dass die Geschäftsleute nur deshalb auf der Anklagebank saßen, weil sie erfolgreiche Unternehmer waren und sich zudem sozial engagiert hatten. Am 11. Mai, dem letzten Prozesstag, hatten sich mehr als 2.000 Menschen vor dem Gericht eingefunden. Der Termin für die Urteilsverkündung war für den 12. Mai vorgesehen, wurde jedoch an diesem Tag auf unbestimmte Zeit verschoben. Darüber hinaus erfuhren die Demonstranten von der Verhaftung mehrerer junger Männer, die an den Protesten teilgenommen hatte.

Das Blutbad von Andischan ist in seinem Ausmaß schockierend, kam für viele Beobachter aber nicht überraschend und wird mit großer Wahrscheinlichkeit auch kein Einzelfall bleiben. Andischan ist vorläufiger und tragischer „Höhepunkt“ einer sozioökonomischen und politischen Entwicklung, die sich seit mehreren Jahren immer mehr zugespitzt hat. Präsident Karimow, ehemals Erster Sekretär der Kommunistischen Partei der Usbekischen SSR, regiert Usbekistan seit 1990 mit eiserner Faust. Seine Position innerhalb des Machtapparates ist dominant, eine Gewaltenteilung existiert nur formal. Die in der Verfassung vom 8. Dezember 1992 postulierten Grundrechte wie Rede-, Versammlungs- und Religionsfreiheit, aber auch politischer Pluralismus werden in der Praxis nicht umgesetzt und als Gefährdung für die Stabilität und die innere Sicherheit angesehen. Politische Gegner jeglicher Couleur werden verfolgt. In den Gefängnissen wird systematisch gefoltert. Die Position des Parlaments ist schwach, seine Mitglieder sind Vertreter regierungsnaher Parteien und der Verwaltung. Die wenigen außerparlamentarischen oppositionellen Bewegungen und Parteien sind untereinander zerstritten, ihre Führung befindet sich zum Teil im Exil.

Durch die Gleichschaltung der säkularen Parteien im Parlament und infolge der Zersplitterung der säkularen oppositionellen Bewegungen besteht die

heutige Opposition in Usbekistan vor allem aus illegalen islamistischen Gruppen wie der verbotenen *Hizb ut-Tahrir*. Die Sympathie, die diesen Organisationen entgegengebracht wird, basiert jedoch nicht ausschließlich auf religiösen Überzeugungen. Vielmehr sind Konzepte wie die Errichtung eines Kalifats, in dem bestehende soziale Probleme, Armut und Korruption durch islamisches Recht gelöst werden sollen, in einem Staat, der seinen Bürgern kaum noch Luft zum Atmen lässt, äußerst anziehend. Wie Interviews mit Mitgliedern von *Hizb ut-Tahrir* zeigen, sehen viele junge Menschen die Bewegung als einzige Möglichkeit, politisch ihren Willen zu bekunden und ihre Unzufriedenheit mit der sozialen Lage in Usbekistan und dem Regime Karimow zu äußern. Die Regierung wiederum benutzt *Hizb ut-Tahrir* ebenso wie andere islamische bzw. islamistische Gruppen als „Schreckgespenst“ und Sinnbild des Terrors und legitimiert ihre Repressionspolitik mit Verweis auf die „Zustände“ in Tadschikistan und Afghanistan.

Im traditionell religiösen Fergana-Tal hatte die Bevölkerung bereits in den 1990er Jahren besonders stark unter dieser Politik zu leiden. Zum Beispiel kam es 1997/1998 nach der Ermordung mehrerer Milizionäre, die die Regierung auf den Einfluss „wahabitischer Terroristen“ zurückführte, zu einer beispiellosen Verhaftungswelle, von der 1.000 bis 1.500 Personen in Namangan und Andischan betroffen waren. Eine weitere Verhaftungswelle folgte nach dem Bombenattentat auf den usbekischen Präsidenten am 16. Februar 1999 in Taschkent. An diesem Tag explodierten sechs Bomben, die 15 Menschenleben kosteten und mehrere Gebäude beschädigten. Bis zum 23. Februar waren bereits 30 Personen, die nach Aussagen Karimows alle terroristischen religiösen Gruppen angehörten, festgenommen worden. Bis Anfang März desselben Jahres folgten weitere 200 bis 500 Personen. Im Juni 1999 wurden 22 Personen im Zusammenhang mit dem Attentat vor Gericht gestellt und sechs von ihnen in einem Schauprozess zum Tode verurteilt. Die anderen erhielten Gefängnisstrafen zwischen zehn und 20 Jahren. Freigesprochen wurde niemand. Darüber hinaus wurden Hunderte Personen festgenommen, die auf Taschkenter Märkten und anderen öffentlichen Plätzen Flugblätter zur Unterstützung der Angeklagten verteilt hatten.

Insgesamt wurden in den letzten Jahren in Usbekistan mehrere Tausend Personen aufgrund ihrer religiösen und politischen Überzeugung festgenommen und verschleppt. Viele von ihnen sitzen in dem berüchtigten Arbeitslager *Dschaslik*, das die usbekische Regierung in der Wüste südwestlich des Aralsees eingerichtet hat. Die Familien erfahren nur selten etwas über den Verbleib ihrer Angehörigen. Särge werden verschlossen zurückgeschickt, um Folterspuren zu verbergen. Immer wieder demonstrierten daher insbesondere Frauen gegen den Despotismus von Regierung und Behörden und setzten sich dabei selber Verfolgung und Gewalt aus.

Die Willkür der usbekischen Regierung und der Behörden richtet sich jedoch nicht nur gegen (vermeintlich) islamistische Gruppen und Individuen. Auch Händler und Kleinunternehmer leiden unter dem Fehlen jedweder Rechts-

staatlichkeit und den tagtäglichen Übergriffen der Miliz. Durch drastische Importrestriktionen im Jahr 2002 sollte die Bevölkerung z.B. dazu gezwungen werden, nur noch Waren aus nationaler Produktion zu kaufen. Im Oktober 2003 ordnete die Regierung an, dass Händler nur noch in offiziell angemeldeten Kiosken und Geschäften verkaufen dürfen und Registrierkassen verwenden müssen. Diese und weitere Maßnahmen ruinierten das Leben vieler Kleinhändler und ihrer Familien. Die Rigorosität mit der die Miliz und Steuerinspektoren die Anordnungen durchsetzen und bei Zuwiderhandlung Waren konfiszieren, haben in der Bevölkerung zu immer größerem Unmut geführt, der sich bereits mehr als einmal in Streiks und Protesten der Basarhändler Bahn brach. Eindrückliches Beispiel dafür sind die schon fast als „Hungeraufstand“ zu bezeichnenden Demonstrationen Anfang November 2004, bei denen allein in Kokand zwischen 5.000 und 10.000 Menschen auf die Straße gingen. Und sie sind symptomatisch für die sich ständig verschlechternde Lebenssituation in Usbekistan, wo viele Familien nur noch von der Hand in den Mund leben.

Internationale Reaktionen

Die Ereignisse in Andischan fanden weltweit – zumindest kurzfristig – große Aufmerksamkeit. Gleichzeitig war und ist bis heute die Frage des Zugangs zu Informationen, zu Augenzeugen und zur Stadt selbst eines der zentralen Probleme der Berichterstattung und der Bewertung der Vorfälle. Innerhalb Usbekistans waren seit dem 13. Mai die wichtigsten Internetseiten, die über die Ereignisse berichteten, blockiert. Das reguläre Fernsehen strahlte keine russischen Nachrichten aus, das Kabelfernsehen wurde ganz abgeschaltet. Nur über Satellit waren alle Nachrichtensender verfügbar. Auf diese Weise sollte der Informationsfluss in der Bevölkerung unterbunden werden.

Zum Zeitpunkt der Demonstrationen waren nur wenige Journalisten in der Stadt, die vor allem auf die Verkündung der Urteile im Prozess gegen die 23 angeklagten Geschäftsleute warteten. Später sorgte die usbekische Regierung mit zahlreichen Straßensperren auf dem Weg ins Ferghana-Tal und in und um Andischan herum dafür, dass Journalisten und Mitarbeiter internationaler Organisationen kaum mehr in die Stadt gelangen konnten. Viele Artikel und Analysen beruhen daher auf der Befragung der Flüchtlinge in Kirgisistan.

Den Anfang machte die *International Crisis Group* (ICG) am 25. Mai mit einem 20-seitigen Briefing „Usbekistan: Der Aufstand in Andischan“. Es folgte *Human Rights Watch* (HRW) am 3. Juni mit dem 60-seitigen Bericht „Die Kugeln fielen wie Regen“. Und schließlich veröffentlichte das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE am 20. Juni auf 30 Seiten seine „Vorläufigen Ergebnisse zu den Ereignissen in Andischan, Usbekistan“.⁷ Alle drei Berichte gelangen zu der Einschätzung, dass von

7 Siehe Fußnote 5. Am 20. September 2005 veröffentlichten Amnesty International und Human Rights Watch neue Berichte über die Ereignisse und die Zeit danach: Amnesty Inter-

Seiten der usbekischen Sicherheitskräfte willkürlich und unverhältnismäßig Gewalt eingesetzt wurde und dass es weit mehr Tote gab als bisher von offizieller usbekischer Seite bestätigt wurde. Alle drei Berichte empfehlen außerdem die Einrichtung einer unabhängigen, glaubwürdigen internationalen Untersuchungskommission.

Ganz anderer Meinung ist Shirin Akiner von der *School of Oriental and African Studies* (SOAS) in London: Sie reiste Ende Mai nach Andischan und konnte dort nach eigenen Angaben ungehindert mit etwa 40 Personen sprechen. Zurück in Taschkent gab sie am 29. Mai im usbekischen Staatsfernsehen ein Interview und verfasste am 7. Juni einen 30-seitigen Bericht mit dem Titel „Gewalt in Andischan“, der die Darstellungen der usbekischen Regierung unterstützt und von dieser zu Propagandazwecken benutzt wird.⁸ Akiner, die unter anderem als Gutachterin für die NATO und das FAST-Programm von *Swisspeace* arbeitet, betont in ihrem Bericht mehrfach ihr Bemühen um eine objektive und wissenschaftliche Herangehensweise. Gleichzeitig setzt sie sich jedoch nicht ernsthaft mit den bis dahin bereits erschienenen Berichten – von ICG und HRW – auseinander, sondern verurteilt pauschal „sensationslüsterne Medienberichte“. Berücksichtigt man zudem den immensen Druck, den die usbekische Regierung seit den Ereignissen auf die Bewohner Andischans ausübt und die Tatsache, dass Akiner während des gesamten Tages in Begleitung des Gouverneurs der Provinz Andischan unterwegs war, stellt sich die Frage nach der Glaubwürdigkeit ihrer Quellen.

Zahlreiche Regierungen äußerten ihre Besorgnis angesichts der Vorgänge in Andischan. Darüber hinaus nahmen internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen, die OSZE und die Europäische Union Stellung zu den Ereignissen. Am 20. Mai 2005 veröffentlichte der Amtierende Vorsitzende der OSZE, Sloweniens Außenminister Dimitrij Rupel, eine Erklärung zur Lage in Andischan und forderte den OSZE-Teilnehmerstaat Usbekistan auf, eine unabhängige Untersuchung der Ereignisse vom 13. Mai zuzulassen. Gleichzeitig kündigte er an, dass die OSZE in dieser Angelegenheit eng mit den Vereinten Nationen und der Europäischen Union zusammenarbeiten werde. Bereits einen Tag zuvor, am 19. Mai, hatte der Luxemburger EU-Vorsitz in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE eine Stellungnahme verlesen, in der die EU-Staaten sich für die Einrichtung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission aussprechen und ungehinderten Zugang für die Mitarbeiter des Internationalen Roten Kreuzes und des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) nach Andischan fordern. In einer Presseerklärung vom 23. Mai unterstützte der Rat der Euro-

national, Usbekistan. Lifting the siege on the truth about Andizhan, London, 2005, unter: <http://web.amnesty.org/library/index/engneur620212005>, Human Rights Watch, Burying the Truth. Uzbekistan Rewrites the Story of the Andijan Massacre, New York 2005, unter: <http://hrw.org/reports/2005/uzbekistan0905>.

8 Dieser zunächst nur per E-Mail zirkulierte Bericht wurde inzwischen als Silk Road Paper des Central Asia-Caucasus Institute veröffentlicht: Shirin Akiner, Violence in Andijan, 13 May 2005: An Independent Assessment, Washington/Uppsala 2005, nur erhältlich unter: www.silkroadstudies.org.

päischen Union die Forderungen der OSZE und der Vereinten Nationen nach einer gründlichen Aufklärung der Vorfälle. In einer am 24. Mai veröffentlichte Pressemitteilung verurteilte der NATO-Rat die „exzessive und unverhältnismäßige Gewalt von usbekischen Sicherheitskräften“ und schloss sich den Forderungen der Vereinten Nationen nach einer unabhängigen internationalen Untersuchung an. Gleichzeitig wird Usbekistan an seine Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens „Partnerschaft für den Frieden“ erinnert. Am selben Tag drohte die US-Regierung Karimow an, Hilfgelder in Höhe von 22 Millionen US-Dollar nicht auszuzahlen, wenn keine unabhängige Untersuchung der Vorfälle zugelassen werde. Beim Treffen der EU-Außenminister am 13. Juni in Luxemburg wurde angekündigt, dass die EU-Staaten die Frage von Sanktionen gegen Usbekistan erörtern werden, sofern Karimow keine internationale Untersuchungskommission ins Land lassen werde.

Ob die Appelle und der angekündigte Druck der internationalen Gemeinschaft eine Wirkung auf die Regierung in Taschkent haben werden, ist aus mehreren Gründen fraglich. Zum einen gelang es Karimow bisher, und vor allem nach dem 11. September 2001, immer wieder erfolgreich, sein nationales Vorgehen gegen religiöse Gruppen als Kampf gegen den Terror zu deklarieren und dafür Verständnis und Unterstützung von westlichen Regierungen zu erhalten. Usbekistan wurde als erster zentralasiatischer Staat Mitglied der Antiterror-Allianz. Sanktionen gegen Usbekistan hätten möglicherweise zur Folge, dass unter anderem die USA und Deutschland ihre Militärbasen im Süden des Landes aufgeben müssten. Zum anderen ist Karimow weder für seine politische Legitimierung noch für finanzielle Unterstützung aus dem Ausland auf die westliche Staatengemeinschaft angewiesen. Die regionalen Großmächte Russland und China unterstützen die Haltung Karimows und seine These vom islamistischen Terror ebenso vorbehaltlos wie die Nachbarn Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan. Zehn Tage nach den Ereignissen in Andischan reiste Karimow nach China. Am Vorabend seiner Ankunft ließ das chinesische Außenministerium verlauten, es unterstütze den Kampf Karimows gegen „Separatisten, Terroristen und Extremisten“ voll und ganz. Bei einem Treffen Ende Juni in Moskau erörterte Karimow mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin Fragen der internationalen Terrorbekämpfung und der engeren wirtschaftlichen und militärischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

Ausblick

Die Ereignisse in Kirgisistan und Usbekistan unterstreichen deutlich die Auswirkungen fehlender Rechtsstaatlichkeit auf die innere und äußere Sicherheit beider Länder. Präsident Karimow heizt das Feuer mit seinen Repressionsmaßnahmen immer stärker an. Der Druck in diesem Kessel wird

größer, er entlädt sich bereits jetzt immer häufiger und wird irgendwann den Deckel sprengen.

Das kirgisische Osch, einer der Orte, in denen die Proteste in Südkirgisistan ihren Ausgang nahmen, liegt nur 30 km vom usbekischen Andischan entfernt. Die usbekische Bevölkerung hat im März bei ihren kirgisischen Nachbarn gesehen, was eine entschlossene Masse ausrichten kann und dass die Verwaltung, die Miliz und der Präsident nicht allmächtig sind. Was sie nicht bedacht hatte, war die Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt, die Karimow von Akajew unterscheidet.

In beiden Ländern muss für die kommenden Monate mit einer instabilen Sicherheitslage gerechnet werden. In Kirgisistan steht der neue Präsident Bakijew vor der Aufgabe, das staatliche Gewaltmonopol wieder auf allen Ebenen und in allen Regionen durchzusetzen. In Usbekistan will Karimow seine Macht erhalten und sucht dabei Unterstützung bei den großen regionalen Nachbarn Russland und China. Die angekündigten Sanktionen der EU sowie die Aktivierung des Moskauer Mechanismus durch die OSZE werden mit großer Wahrscheinlichkeit keinen Einfluss auf das Regime haben. Im sich bereits seit längerem international isolierenden Nachbarland Turkmenistan hat Präsident Sapamurat Nijassow in den letzten Jahren nur zu gut bewiesen, dass innenpolitischer Machterhalt auch ohne außenpolitische Kooperation realisierbar ist, wenn man über ausreichende Ressourcen verfügt. In Usbekistan würde die Konditionierung westlicher Unterstützung durch vorbehaltlose Unterstützung aus Russland und China wieder aufgehoben. Eine große Gefahr besteht zudem darin, dass die angestrebte politische und wirtschaftliche Isolation des Landes dazu führt, dass die Bevölkerung sich durch westliche Staaten verlassen fühlt und den Heilsversprechen extremistischer Gruppen – gleich welcher Art – hinterherläuft.

Internationale Organisationen sollten darauf hinarbeiten, dass die nationalen Gesetze auf lokaler Ebene implementiert werden. Erst wenn die Bevölkerung Rechtssicherheit hat, wird sie auch Vertrauen in abstrakte Begriffe wie Demokratie fassen und ihre eigenen Mitgestaltungsmöglichkeiten in einem politischen und wirtschaftlichen System wahrnehmen. Bis dahin bleibt ihr keine andere Wahl als Willkür und Repression von oben mit illegalen Aktivitäten von unten einzudämmen.